

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/245

23. Dezember 1975

Sorge und Hoffnung in Polen

Resümee eines Besuches in Warschau

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzender
der SPD Baden-Württemberg

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Höherer Wirkungsgrad der Entwicklungspolitik

Intensivierte deutsch-französische Kontakte eröffnen
neue Chancen

Von Alwin Brück MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Vorsorge für Lebenselement Wasser

Ein zentrales Thema der öffentlichen Aufgaben

Von Klaus Bruns MdB
Niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft
und Foresten

Seite 5 bis 7 / 118 Zeilen

- * * Allen unseren Lesern und Mitarbeitern
- * * frohe Weihnachten !

Chefredakteur: Dr. Erhard Ebert

5300 Bonn 21, Neussallee 2-10
Postfach: 128 402
Präsidenten 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 05 27 - 32
Telefax: 37 05 45 - 46 5000 1

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 05 11

Sorge und Hoffnung in Polen

Resümee eines Besuches in Warschau

Von Dr. Erhard Eppler MdS
Mitglied des Präsidiums der SPD
und Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Meine politischen Gespräche in Warschau vom 17. bis 21. Dezember kreisten vor allem um zwei Fragen: Einmal die Ergebnisse des Parteitages der Vereinigten Arbeiterpartei, zum anderen um die deutsch-polnischen Vereinbarungen und um die damit verbundene Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei zeigte sich, daß beide Themen eng zusammenhängen.

Die Reaktion auf die Bundestagsdebatte zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen ist recht einheitlich: Man bescheinigt der Bundesregierung, der Koalition und vor allem dem Bundeskanzler, daß sie energisch um den gemeinsamen gefundenen Kompromiß gekämpft haben. Was manche Sprecher der Opposition zu sagen hatten, wird bei den einen mit Kopfschütteln, bei den anderen mit Verbitterung, bei vielen mit Empörung vermerkt. Es war nicht einfach, solche Äußerungen durch Interpretation des innenpolitischen Hintergrundes zu entschärfen. Für die meisten Polen stehen solche Tiraden in einer langen Tradition nationalistischer und antipolnischer Vorurteile. Daß eine verantwortliche Partei aus rein wahltaktischen Gründen so hemmungslos außenpolitisches Porzellan zerschlagen kann, will den meisten Polen nicht einleuchten. Ihre Gegenfrage bleibt schwer zu beantworten: Was ist das für eine Gesellschaft, in der man mit solchen Parolen Stimmen zu gewinnen hofft.

Besonders bitter sind viele Katholiken. Schon 1966 hatte die dürftige Antwort der deutschen Bischöfe auf den Brief ihrer polnischen Kollegen die polnische Kirche unge schützt den Angriffen Gomulkas preisgegeben. Heute empfindet man es als peinlich, daß die Freiburger Synode der EKD wieder jenes klare Wort zu den Verträgen sprechen mußte, das man sich von der katholischen Kirche vergeblich erhofft hatte. Diese Bitterkeit wird durch

den Spendenaufruf der Bischöfe für das Kolbe-Werk nicht gemildert.

Die polnische Presse hat nicht über alle Entgleisungen der Bundestagsdebatte berichtet. Offenbar war die politische Führung nicht daran interessiert, antideutsche Emotionen zu schüren. Vor einigen Jahren war die Bereitschaft zur Verständigung beim Mann auf der Straße größer als bei Politbüro und Regierung. In den letzten Monaten, zumal nach der Polen-Debatte des Bundestages, dürfte es eher umgekehrt sein: Die Männer um Gierek und Außenminister Olazowaki müssen befürchten, daß durch Berichte über Äußerungen von CDU/CSU-Politikern die psychologische Grundlage für eine Verständigungspolitik ins Rutschen kommen könnte.

Trotzdem hat sich Gierek auf dem Parteitag voll behauptet. Seine Position im Zentralkomitee ist gestärkt, seine Wirtschaftspolitik gebilligt worden. Dies gilt auch für seine Außenpolitik. Gierek möchte, ohne auch nur den leisesten Zweifel an seiner Bündnistreue aufkommen zu lassen, seine Beziehungen auch zu Westeuropa weiter ausbauen. Dabei spielen die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Rolle. In diesem Zusammenhang ist wohl auch die rasche Zunahme der Ausreisebewilligungen für Deutsche in der letzten Zeit, also noch vor der Ratifizierung der Verträge, zu sehen.

Was ein Scheitern dieser Verträge bedeuten müßte, wagen sich die verständigungsbereiten Polen kaum auszudenken. Mir ist kein Pole, ganz gleich welcher politischen oder religiösen Überzeugung begegnet, der nicht auf die Ratifizierung dieser Verträge hofft oder um sie bangen würde. Jetzt liegt der größere Teil der Verantwortung bei uns.

(-/23.12.1975/bgy/pr)

- + +

Höherer Wirkungsgrad der Entwicklungspolitik

Intensivierte deutsch-französische Kontakte eröffnen neue Chancen

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Frankreich und die Bundesrepublik bringen zusammen mehr als die Hälfte der Mittel für den im Vertrag von Lomé vereinbarten Europäischen Entwicklungsfonds auf. Das heißt: Beide Staaten sind die Hauptträger der Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Hinzu kommt, daß beide Staaten auch in ihrer bilateralen Hilfe, was den absoluten Betrag betrifft, in der Spitzengruppe der Geberländer in der Welt stehen.

Es liegt auf der Hand, daß beide Staaten auch im Bereich der Entwicklungspolitik eng zusammenarbeiten. Dies ist dadurch leichter geworden, daß es in Paris seit der Amtsübernahme Giscard d'Estaing ein Ministerium für Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern gibt, auch wenn dieses Ministerium noch nicht die Kompetenzen hat, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit besitzt (das französische Kooperationsministerium ist nur zuständig für die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kolonien und neuerdings auch mit den ehemaligen portugiesischen; für die Zusammenarbeit mit den anderen Entwicklungsländern ist in Paris das Außenministerium zuständig).

Nun gibt es schon seit 1963 im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages regelmäßig Konsultationen im Bereich der Entwicklungspolitik. Sie sollen aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bundesminister Egon Bahr und seinem französischen Kollegen Pierre Abelin vertieft werden durch enge Kontakte auf hoher Ebene zwischen den beiden in Paris und Bonn zuständigen Ministerien.

Die jetzt in Bonn geführten ersten Gespräche zwischen mir und dem Direktor im französischen Kooperationsministerium, Robert Toulemon, haben gezeigt, daß eine freundschaftlich-offene Diskussion in kleinem Kreis sehr nützlich ist. Beide Regierungen haben in diesem Sommer eine Bestandsaufnahme

me ihrer Entwicklungspolitik vorgenommen und geprüft, ob und wie sie den weltpolitischen Gegebenheiten seit 1973 angepaßt werden müssen.

Wir hatten eine Kabinettsondersitzung in Gymnich, bei der die Regierung in 25 Thesen festhielt, nach welchen Prinzipien unsere Konzeption fortgeschrieben werden sollte. Dies ist inzwischen geschehen. Außerdem wurde dem Bundestag ein Entwicklungspolitische Bericht vorgelegt. In Frankreich hat im Sommer ein Kabinettsausschuß die Entwicklungspolitik der Regierung beraten. Kürzlich konnte Minister Abelin der Öffentlichkeit einen "Bericht über die französische Kooperationspolitik" vorlegen. Beide Länder sind zu ähnlichen Schlußfolgerungen aus der seit der Ölpreiskrise veränderten weltpolitischen Szene gelangt. So gehen sowohl unser Entwicklungspolitische Bericht als auch der Rapport Abelin von der Tatsache aus, daß die Dritte Welt selbstbewußter geworden ist und dies neue und partnerschaftlichere Formen der Zusammenarbeit erfordert.

Dies hat auch zur Folge, daß entwicklungspolitische Aktionen über längere Zeiträume als bisher geplant und mit den Vorstellungen der Partnerländer intensiver abgestimmt werden müssen. Für Frankreich, das noch immer in Schwarzafrika eine "privilegierte Zone" seiner Kooperationspolitik sieht, bedeutet die neue Ebene der Partnerschaft aber zugleich auch, daß Entwicklungspolitik einen höheren Stellenwert gegenüber seinen bislang oft etwas paternalistisch gefärbten außenpolitischen Rücksichten einnimmt. Wir können diesen Prozeß nur begrüßen und unsere französischen Nachbarn ermuntern, auf diesem von uns schon früher beschrrittenen Weg weiterzugehen, der bei uns durch eine ganz andere, von historischen Bindungen weitgehend freie Ausgangsgrundlage begünstigt war. Hier bieten sich pragmatische Ansatzpunkte für eine Harmonisierung und Koordinierung der Entwicklungspolitik, die sodann auch in den Rahmen ähnlicher Bestrebungen der Gemeinschaft selbst zu stellen wären.

Eine enge Absprache über Planung und Realisierung von Projekten in einzelnen Ländern und auch Regionen wird der qualitativen Verbesserung unserer gemeinsamen Anstrengungen und eines rationelleren Einsatzes unserer begrenzten Mittel dienen. Daß Frankreich darüber hinaus auch zunehmend bereit ist, zusammen mit den übrigen Ländern der Gemeinschaft in internationalen Gremien stärker die politische und wirtschaftliche Rolle Europas zur Geltung zu bringen, kann nur mit Genugtuung zur Kenntnis genommen werden.

(-/23.12.1975/wi/pr)

Vorsorge für Lebenselement Wasser

Ein zentrales Thema der öffentlichen Aufgaben

Von Klaus Peter Bruns MdL

Niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Sicherung der Wasserversorgung ist zu einer der wichtigsten Aufgabe der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand geworden. Die starken Umwelbelastungen, die insbesondere auch unsere Wasservorkommen bedrohen, und der ständig zunehmende Wasserbedarf der Bevölkerung und Industrie lassen erkennen, daß in absehbarer Zeit das Wasser zum begrenzenden Faktor für die Entwicklung unseres Landes werden kann. Schon heute müssen Planungsgrundlagen geschaffen und Maßnahmen getroffen werden, um die Wasserversorgung für die Zukunft zu sichern.

Nach dem sprunghaften Anstieg des Wasserbedarfs zu Beginn des Industriealters im vorigen Jahrhundert wurden zentrale Wasserversorgungsanlagen geschaffen, die immer mehr Verbreitung fanden. Entsprechend den strukturellen, geographischen und hydrogeologischen Gegebenheiten haben sich in Deutschland unterschiedliche Entwicklungen ergeben. So setzte in Norddeutschland der Ausbau der zentralen Wasserversorgung in größerem Umfang erst zu Beginn dieses Jahrhunderts ein. Im Jahr 1948 waren etwa 70 vH der Bevölkerung der Bundesrepublik an zentrale Wasserversorgungsanlagen angeschlossen, während in Niedersachsen dieser Versorgungsgrad erst zu 48 vH erreicht war. Der derzeitige Bundesdurchschnitt beträgt zur Zeit etwa 95 vH, der Versorgungsgrad in Niedersachsen 92 vH. Die Zahlen zeigen auf, daß besonders in den letzten Jahrzehnten zielstrebig und mit großen Anstrengungen technischer, organisatorischer und finanzieller Art zentrale Wasserversorgungsanlagen geschaffen worden sind. Diese enorme Leistung wurde mit fachlicher und finanzieller Förderung des Landes von gemeindlichen Versorgungsunternehmen oder öffentlich-rechtlichen Wasserversorgungsverbänden als Aufgabe der Selbstverwaltung vollbracht. Die staatliche Verwaltung war bisher als Ordnungsverwaltung - als Wasserbehörde und als Gesundheitsbehörde - sowie als Leistungsverwaltung durch Gewährung von Zuschüssen tätig.

Mit dem Anschluß der Bevölkerung an zentrale Versorgungsanlagen allein ist es aber nicht getan. Die mehr und mehr begrenzten Wasservorkommen erfordern zur Sicherung der künftigen Wasserversorgung überregionale Planungen und Maßnahmen sowie eine optimale Bewirtschaftung des Wasserdargebotes. Als auf Länderebene dafür verantwortlicher Minister muß ich darauf hinweisen, daß heute eine stärkere Mitwirkung der Länder als planende Verwaltung unumgänglich ist. In Niedersachsen wurde Anfang 1974 der Generalplan Wasserversorgung herausgegeben, der eine umfassende Bestandsaufnahme und Zielvorstellungen zur Sicherung der künftigen Wasserversorgung enthält. Er ist Ausgangspunkt für ein einheitliches, auf die landespolitischen Ziele ausgerichteter Konzept und steckt den Rahmen für künftige Planungen und Maßnahmen ab.

Meine Betrachtungen möchte ich teilweise auch auf das Gebiet der Bundesrepublik ausdehnen. Für die Wasserbedarfsentwicklung in der Bundesrepublik liegt eine vom Bundesminister des Innern in Auftrag gegebene Prognose

des Batelle-Institutes vor, die heute in Fachkreisen allgemein bei Bedarfsermittlungen zugrunde gelegt wird. Danach wird der Gesamtbedarf an Trink- und Brauchwasser innerhalb von 30 Jahren etwa auf das Doppelte ansteigen. Demgegenüber steht die Tatsache, daß die uns zur Verfügung stehenden nutzbaren Wasservorkommen in ihrer Nutzung durch Abwasserreinleitungen in die Gewässer, durch ungeordnete Müllablagerungen, durch undichte Öltanks und Ähnliches gefährdet sind. So werden dann auch dem auf Bundesebene zu beobachtenden Trend, bei der Trinkwasserversorgung verstärkt auf die Oberflächengewässer zurückzugreifen, gewisse Grenzen gesetzt. Man rechnet damit, daß der Anteil des Oberflächenwassers an der gesamten Trinkwasserversorgung, der zur Zeit ein Drittel beträgt, auf etwa 40 vH ansteigen wird. Nur 60 vH werden noch aus den an sich günstigeren Grundwasservorkommen gedeckt werden können. Die Deckung des Brauchwasserbedarfes muß weitgehend aus den Oberflächengewässern erfolgen.

Niedersachsen kann - insbesondere hinsichtlich der Grundwasservorkommen - als wasserreiches Land angesehen werden, was sich an der Tatsache zeigt, daß etwa 90 vH des Trinkwasserbedarfes dem Grundwasser entnommen werden. Eine generelle Wasserbilanz, die laufend verfeinert wird, hat ergeben, daß der Bedarf an Trinkwasser insgesamt gesehen auch noch im Jahr 2000 aus eigenen Vorkommen gedeckt werden kann. Es zeichnen sich regional jedoch Wassermangelgebiete ab, für die künftig ein Ausgleich aus Wasserüberschußgebieten erforderlich wird. Hierfür ist ein überregionales Versorgungssystem aufzubauen, wie es in einigen Teilen der Bundesrepublik bereits geschaffen worden ist. In Niedersachsen z. B. wurde ein Fernwasserleitungssystem der Harzwasserwerke gebaut, das vom Harz in die Räume Hannover-Hildesheim-Braunschweig-Wolfsburg und bis nach Bremen reicht.

Dieser überregionale Wasserausgleich gehört neben dem Anschluß aller Einwohner an zentrale Wasserversorgungsanlagen, den Schutzvorkehrungen für Trinkwasservorkommen gegen mögliche Verunreinigungen und der Erkundung sämtlicher geeigneter Wasservorkommen zu den erklärten Zielsetzungen bei der Sicherung der künftigen Wasserversorgung. Außerdem wird es erforderlich, auf regionaler Ebene strukturelle Verbesserungen bei der Organisation der Wasserversorgung durchzuführen. In Niedersachsen ist ebenso wie in der übrigen Bundesrepublik eine starke organisatorische Zersplitterung festzustellen, die im völligen Gegensatz zu den Entwicklungen im Gas- und Stromversorgungsbereich liegt. Gegenwärtig wird die zentrale Wasserversorgung in der Bundesrepublik von über 13 000 Wasserversorgungsunternehmen durchgeführt. Diese Zahl zeigt auf, daß vielerorts recht kleine Unternehmen bestehen, die die immer schwierigere Aufgabe einer gesicherten Wasserversorgung künftig kaum mehr erfüllen können. Eine solche Zersplitterung erschwert eine sinnvolle und optimale Bewirtschaftung der Wasservorkommen.

wirtschaftliche technische Lösungen und eine gewichene Wartung und Unterhaltung, die qualifizierteres Personal und einen wirtschaftlichen Betrieb erfordern.

Für Niedersachsen sind im Generalplan Wasserversorgung 46 Versorgungsräume ausgewiesen worden, in denen die Wasserversorgungsprobleme insgesamt betrachtet und gelöst werden sollen. Dieses wird insgesamt zu einer Verringerung der bestehenden Versorgungsunternehmen führen, die sich bereits von 1972 bis 1975 - nicht zuletzt als Folge der Gebietsreform - etwa um die Hälfte reduziert haben. Die optimale Anzahl der Unternehmen wird sich in einem mehrjährigen Prozeß herausstellen, da es in mehreren Versorgungsräumen auch künftig mehr als ein Unternehmen geben wird. Vor allem müssen dabei Konsequenzen aktiviert werden, sei es durch freiwillige Zusammenschlüsse, Dachverbände mit zentralen Aufgaben oder ähnliche Organisationsformen. Dieses dient neben allen wasserwirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und hygienischen Vorteilen auch letztlich dem Ziel, die durch räumliche Nachteile bedingten unterschiedlichen Wasserpreise im Land auszugleichen.

Wasser ist für uns keine Ware, die derjenige, der über Vorräte verfügt, gewinnbringend verkaufen oder sich selbstständig reservieren darf. Wir in Niedersachsen sind konsequent bestrebt, alle Trinkwasservorräte, d. h. Grundwasser, Trinkwassertalsperren u.ä. zu erkunden, zu erfassen und zu schützen und diese Vorräte für die Bevölkerung des ganzen Landes nutzbar zu machen. Alle Einwohner Niedersachsens sollen auch in Zukunft die Sicherheit haben, jederzeit ausreichend mit gesundem Trinkwasser versorgt zu werden. In Niedersachsen haben wir die Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen. (-/23.12.1975/wi/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller